

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (15. Ausschuss)**

- a) zu dem Antrag der Abgeordneten Michael Groß, Sören Bartol, Uwe Beckmeyer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD  
– Drucksache 17/12485 –

### **Bezahlbares Wohnen in der sozialen Stadt**

- b) zu dem Antrag der Abgeordneten Heidrun Bluhm, Halina Wawzyniak, Dr. Kirsten Tackmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.  
– Drucksache 17/12481 –

### **Wohnungsnot bekämpfen – Sozialen Wohnungsbau neu starten und zum Kern einer gemeinnützigen Wohnungswirtschaft entwickeln**

- c) zu dem Antrag der Abgeordneten Nicole Gohlke, Agnes Alpers, Matthias W. Birkwald, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.  
– Drucksache 17/11696 –

### **Wohn- und Mietensituation von Studierenden verbessern**

#### **A. Problem**

Zu Buchstabe a

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung unter anderem auffordern soll, die Städtebauförderung und das Programm „Soziale Stadt“ verlässlich zu finanzieren; verschiedene in dem Antrag genannte Maßnahmen zur Unterstützung von Kommunen zu ergreifen; Maßnahmen zur Förderung des Wohnungsneubaus zu ergreifen und die Kompensationszahlungen an die Länder für die soziale Wohnraumförderung bis 2019 mit 518 Mio. Euro jährlich fortzuführen; die Programme der energetischen Gebäudesanierung und des Bauens mit mindestens 2 Mrd. Euro im Bundeshaushalt fest zu verankern; die energetische Stadtsanierung mit 100 Mio. Euro in die Städtebauförderung zu integrieren; den genossenschaftlichen Wohnungsbau wirkungsvoll zu fördern; den pauschalisierten Heizkostenzuschuss beim Wohn-

geld wieder einzuführen; das Programm „Altersgerecht Umbauen“ wieder mit Bundesmitteln in Höhe von 100 Mio. Euro auszustatten und neben der Zinsverbilligung bei Krediten wieder Zuschüsse zu gewähren und verschiedene in dem Antrag genannte Maßnahmen zur Verbesserung der Wohnsituation Studierender zu ergreifen.

Zu Buchstabe b

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung unter anderem auffordern soll, eine Gesetzesinitiative auf den Weg zu bringen, Wohnen als Menschenrecht im Grundgesetz festzuschreiben; ein weiteres Ansteigen der Mieten auf Grund starker Nachfrage zu unterbinden; Regelungen im Bundesrecht vorzulegen, die Mietsteigerungen auf ein Minimum reduzieren, in dem Antrag genannte Maßnahmen im Hinblick auf die Wohnbauförderung zu ergreifen; eine unbefristete Sozialbindung von öffentlich geförderten Sozialwohnungen sicherzustellen; Umstrukturierungen im Bundeshaushalt vorzunehmen, die den objektiven Erfordernissen des Klimaschutzes auch bei der energetischen Gebäudesanierung tatsächlich gerecht werden; die Städtebauförderung auf 600 Mio. Euro aufzustocken und das Programm Soziale Stadt nachhaltig aufzuwerten; die Länder darin zu unterstützen, in den Kommunen leistungsfähige öffentliche Wohnungswirtschaftsgesellschaften und Genossenschaften zu etablieren und Maßnahmen zur Unterbindung der weiteren Privatisierung öffentlicher Wohnungen sowie zur Entwicklung und Förderung eines gemeinwohlorientierten wohnungswirtschaftlichen Sektors zu ergreifen.

Zu Buchstabe c

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung nach näherer Maßgabe des Antrags unter anderem auffordern soll, eine Mietrechtsreform einzuleiten mit dem Ziel, günstigen Wohnraum zu schaffen und dadurch die Wohnkosten auch für das Segment „Studentisches Wohnen“ zu dämpfen; ein Konzept für eine „Wohnungsoffensive für Studierende“ mit dem Ziel zu entwickeln, der angespannten Lage auf dem studentischen Wohnungsmarkt wirksam entgegenzutreten und dauerhaft günstigen Wohnraum für Studierende bereitzustellen und im Wege einer Bafög-Novelle sicherzustellen, dass der für Wohnzwecke veranschlagte Teil des Förderungssatzes zum 1. Januar 2013 auf 291 Euro erhöht wird und fortan jährlich dynamisch an die durchschnittlichen Steigerungswerte der Mietpreise angepasst wird.

## **B. Lösung**

Zu Buchstabe a

**Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/12485 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.**

Zu Buchstabe b

**Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/12481 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.**

Zu Buchstabe c

**Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/11696 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.**

**C. Alternativen**

Zu den Buchstaben a bis c

Jeweils Annahme des Antrags.

**D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 17/12485 abzulehnen;
- b) den Antrag auf Drucksache 17/12481 abzulehnen;
- c) den Antrag auf Drucksache 17/11696 abzulehnen.

Berlin, den 5. Juni 2013

### **Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung**

**Dr. Anton Hofreiter**  
Vorsitzender

**Karl Holmeier**  
Berichterstatter

## Bericht des Abgeordneten Karl Holmeier

### I. Überweisung

Zu Buchstabe a

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/12485** in seiner 225. Sitzung am 28. Februar 2013 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur federführenden Beratung sowie an den Innenausschuss, den Rechtsausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur Mitberatung überwiesen.

Zu Buchstabe b

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/12481** in seiner 225. Sitzung am 28. Februar 2013 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur federführenden Beratung sowie an den Rechtsausschuss und an den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

Zu Buchstabe c

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/11696** in seiner 234. Sitzung am 18. April 2013 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur federführenden Beratung sowie an den Rechtsausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur Mitberatung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Buchstabe a

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, die Städtebauförderung und das Programm „Soziale Stadt“ verlässlich zu finanzieren; verschiedene in dem Antrag genannte Maßnahmen zur Unterstützung von Kommunen zu ergreifen; Maßnahmen zur Förderung des Wohnungsneubaus zu ergreifen und die Kompensationszahlungen an die Länder für die soziale Wohnraumförderung bis 2019 mit 518 Mio. Euro jährlich fortzuführen; die Programme der energetischen Gebäudesanierung und des Bauens mit mindestens 2 Mrd. Euro im Bundeshaushalt fest zu verankern; die energetische Stadtsanierung mit 100 Mio. Euro in die Städtebauförderung zu integrieren; den genossenschaftlichen Wohnungsbau wirkungsvoll zu fördern; den pauschalisierten Heizkostenzuschuss beim Wohngeld wieder einzuführen; das Programm „Altersgerecht Umbauen“ wieder mit Bundesmitteln in Höhe von 100 Mio. Euro auszustatten und neben der Zinsverbilligung bei Krediten wieder Zuschüsse zu gewähren und verschiedene in dem Antrag genannte Maßnahmen zur Verbesserung der Wohnsituation Studierender zu ergreifen.

Zu Buchstabe b

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, eine Geset-

zesinitiative auf den Weg zu bringen, Wohnen als Menschenrecht im Grundgesetz festzuschreiben; ein weiteres Ansteigen der Mieten auf Grund starker Nachfrage zu unterbinden; Regelungen im Bundesrecht vorzulegen, die Mietsteigerungen auf ein Minimum reduzieren, in dem Antrag genannte Maßnahmen im Hinblick auf die Wohnbauförderung zu ergreifen; eine unbefristete Sozialbindung von öffentlich geförderten Sozialwohnungen sicherzustellen; Umstrukturierungen im Bundeshaushalt vorzunehmen, die den objektiven Erfordernissen des Klimaschutzes auch bei der energetischen Gebäudesanierung tatsächlich gerecht werden; die Städtebauförderung auf 600 Mio. Euro aufzustocken und das Programm Soziale Stadt nachhaltig aufzuwerten; die Länder darin zu unterstützen, in den Kommunen leistungsfähige öffentliche Wohnungswirtschaftsgesellschaften und Genossenschaften zu etablieren und Maßnahmen zur Unterbindung der weiteren Privatisierung öffentlicher Wohnungen sowie zur Entwicklung und Förderung eines gemeinwohlorientierten wohnungswirtschaftlichen Sektors zu ergreifen.

Zu Buchstabe c

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, eine Mietrechtsreform einzuleiten mit dem Ziel, günstigen Wohnraum zu schaffen und dadurch die Wohnkosten auch für das Segment „Studentisches Wohnen“ zu dämpfen; ein Konzept für eine „Wohnungsoffensive für Studierende“ mit dem Ziel zu entwickeln, der angespannten Lage auf dem studentischen Wohnungsmarkt wirksam entgegenzutreten und dauerhaft günstigen Wohnraum für Studierende bereitzustellen und im Wege einer Bafög-Novelle sicherzustellen, dass der für Wohnzwecke veranschlagte Teil des Förderungssatzes zum 1. Januar 2013 auf 291 Euro erhöht wird und fortan jährlich dynamisch an die durchschnittlichen Steigerungswerte der Mietpreise angepasst wird.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Innenausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/12485 in seiner 109. Sitzung am 5. Juni 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Rechtsausschuss** hat den Antrag in seiner 135. Sitzung am 5. Juni 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 123. Sitzung am 5. Juni 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag in seiner 107. Sitzung am 5. Juni 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag in seiner 137. Sitzung am 5. Juni 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag in seiner 101. Sitzung am 5. Juni 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag in seiner 104. Sitzung am 5. Juni 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Zu Buchstabe b

Der **Rechtsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/12481 in seiner 135. Sitzung am 5. Juni 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/12481 in seiner 123. Sitzung am 5. Juni 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Zu Buchstabe c

Der **Rechtsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/11696 in seiner 135. Sitzung am 5. Juni 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 123. Sitzung am 5. Juni 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat den Antrag in seiner 95. Sitzung am 5. Juni 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag in seiner 104. Sitzung

am 5. Juni 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

#### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat die Anträge auf Drucksachen 17/12485 und 17/12481 in seiner 96. Sitzung am 13. März 2013 beraten und hat dazu die Durchführung einer öffentlichen Anhörung beschlossen, in welcher auch die Unterrichtung durch die Bundesregierung auf Drucksache 17/11200 „Bericht über die Wohnungs- und Immobilienwirtschaft in Deutschland“ einbezogen wurde. Der Antrag auf Drucksache 17/11696 wurde nicht förmlich in die Anhörung einbezogen, er wurde aber den eingeladenen Verbänden übermittelt und sie wurden gebeten, ihn bei ihrer Stellungnahme zu berücksichtigen.

Die öffentliche Anhörung hat der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung in seiner 105. Sitzung am 5. Juni 2013 durchgeführt. An der Anhörung nahmen als Verbandsvertreter teil: Gesine Kort-Weiher vom Deutschen Städtetag, Dr. Christian Lieberknecht vom Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V. – GdW, Achim Meyer auf der Heyde vom Deutschen Studentenwerk e. V., Walter Rasch vom Bundesverband freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen e. V. – BFW, Dr. Franz-Georg Rips vom Deutschen Mieterbund e. V. – DMB, Jürgen Michael Schick vom Immobilienverband Deutschland e. V. – IVD, Dr. Joß Steinke von der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e. V. – BAGFW und Dr. Kai H. Warnecke vom Zentralverband der Deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer e. V. – Haus & Grund Deutschland. In der Anhörung wurden – jeweils auf Fragen der Abgeordneten an einzelne Verbandsvertreter hin – folgende Themen angesprochen:

- Die Situation auf dem Wohnungsmarkt, unterschiedliche Entwicklungen in besonders gefragten Metropolen und in strukturschwachen Regionen mit sinkenden Bevölkerungszahlen, die künftige Situation unter Berücksichtigung der demographischen Entwicklung,
- steigende Mietkosten in bestimmten Metropolregionen, dadurch bedingte Verdrängungseffekte auf dem Wohnungsmarkt sowie deren sozialen Auswirkungen,
- die Frage einer Begrenzung von Miethöhen bei Neu-, Erst- bzw. Wiedervermietung, die Auswirkungen entsprechender Regelungen auf den Mietwohnungsbau, die Frage der Umgehung von Mietpreisdeckelungen durch z. B. die Forderung hoher Abstandszahlungen und das Thema einer möglichen Anpassung von § 5 des Wirtschaftsstrafgesetzes,
- Kostenfaktoren des Wohnungsbaus und Auswirkungen staatlichen Handelns in diesem Bereich (Vermögensabgaben, Abschreibungsregelungen, Vorgaben für energetische Sanierung),
- Möglichkeiten zur Schaffung zusätzlichen bezahlbaren Wohnraums, Möglichkeiten, Kosten des Wohnungsbaus durch staatliche Maßnahmen zu senken (Schaffung von Anreizen für den Wohnungsbau, Verkauf staatlicher Grundstücke nach Maßgabe von Konzepten statt nach

- Höchstpreis, Verbesserungen bei Genehmigungsverfahren, Flächenmobilisierung, Nutzbarmachung von Konversionsflächen),
- die Situation im ländlichen Raum sowie Neubau- und Modernisierungsbedarf im ländlichen Raum,
  - die Frage der Umlage von Modernisierungskosten auf die Miete (Grundumlage nach dem Vorschlag des Deutschen Städtetages statt Modernisierungsumlage),
  - die Rolle der Länder bei der Förderung des sozialen Wohnungsbaus, der Einsatz der an die Länder gezahlten Kompensationsmittel des Bundes für den sozialen Wohnungsbau,
  - die Struktur der Anbieter auf dem Wohnungsmarkt (private, staatliche, kommunale, gemeinnützige Anbieter, Stiftungen, Genossenschaften), die Rolle der Kommunen im Hinblick auf die Zurverfügungstellung kommunaler und genossenschaftlicher Wohnungen, das Thema einer Aufstellung kommunaler Wohnungsbaukonzepte, die Rolle des Programms Soziale Stadt,
  - Auswirkungen der Mietpreisteigerungen auf die kommunalen Haushalte und Fragen der Bemessung der Kosten der Unterkunft (KdU) und des Wohngeldes sowie die Frage eines Heizkostenzuschusses vor dem Hintergrund von Steigerungen bei Miet- und Heizkosten,
  - die Frage der Situation auf dem Wohnungsmarkt für Studierende, sowohl im Hinblick auf Sonderfaktoren wie doppelte Abiturjahrgänge und Beendigung der Wehrpflicht als auch im Hinblick auf die langfristige Entwicklung der Zahl der Studierenden durch eine steigende Studienquote und eine steigende Zahl internationaler Studierender, die Frage eines Wohnkonzepts für Studierende sowie der Schaffung zusätzlicher preisgünstiger Wohnungen und Wohnheimplätze für Studierende.

Im Übrigen wird wegen des Ergebnisses der Anhörung auf die schriftlichen Stellungnahmen der Verbandsvertreter auf Ausschussdrucksache 17(15)578 A bis H verwiesen.

In seiner 106. Sitzung am 5. Juni 2013 hat der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung die Anträge auf Drucksachen 17/12485 und 17/12481 sowie die Unterrichtung auf Drucksache 17/11200 (welche dann lediglich zur Kenntnis genommen wurde) und den Antrag auf Drucksache 17/11696 abschließend beraten.

Bei der Beratung hat der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung auch eine ihm nach § 109 Absatz 1 Satz 2 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages zur Stellungnahme übermittelte Petition zu dem Antrag auf Drucksache 17/11696 einbezogen, welche das Thema Wohnsituation bzw. Wohnungsnot von Studierenden betrifft.

Die **Fraktion der CDU/CSU** hob hervor, die Koalition habe durch Neuregelungen in den Bereichen Mietrecht und Städtebaurecht für den Immobiliensektor verlässliche Rahmenbedingungen geschaffen. Die Forderungen in den Anträgen, welche Gegenstand der Beratung seien, seien zum Teil nicht

realisierbar und zum Teil nicht finanzierbar. Sie betonte, die Koalition befinde sich mit ihrer Politik im Wohnungsbereich auf dem richtigen Weg. Zu begrüßen seien auch die Ziele, die der Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hier für die nächste Wahlperiode vorgestellt habe.

Die **Fraktion der SPD** vertrat die Auffassung, wesentliche Faktoren für die Lösung der Probleme im Bereich der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft in Deutschland seien ein besseres Mietrecht und eine bessere Städtebauförderung. Bemerkenswert sei, dass nun auch die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel die Vorschläge der SPD zur Begrenzung von Mieten bei Neuvermietungen aufgreife.

Die **Fraktion der FDP** betonte, es gebe im Bereich der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft vor allem Herausforderungen in den Bereichen Energieeffizienz im Gebäudesektor, demographische Entwicklung und Wanderungsbewegungen in die städtischen Zentren. Sie hob hervor, dass die Koalition zur Lösung dieser Probleme bereits sehr viel unternommen und erreicht habe. Sie schloss sich den Ausführungen der Fraktion der CDU/CSU an.

Die **Fraktion DIE LINKE** führte aus, die tatsächliche Situation im Bereich der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft sei deutlich schwieriger, als sie in dem Bericht der Bundesregierung zum Ausdruck komme. Auch sie betonte, dass die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel hier nun Teile der Vorschläge der Oppositionsfraktionen aufgegriffen habe. Der Antrag der SPD-Fraktion gehe aus ihrer Sicht zwar in die richtige Richtung, bewege sich aber innerhalb des bestehenden Systems im Bereich der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft und werde daher keine Lösungen bewirken.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** stellte fest, sie habe zu den Themen, die hier Beratungsgegenstand seien, bereits in einer ganzen Reihe von Einzelinitiativen Vorschläge unterbreitet, auf die sie Bezug nehme. Bei dem Antrag der SPD-Fraktion sowie bei den beiden Anträgen der Fraktion DIE LINKE werde sie sich enthalten, weil sie den Vorschlägen zwar teilweise zustimmen könne, sie zum Teil aber nicht mittragen könne.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Antrag auf Drucksache 17/12485 abzulehnen.

Weiterhin empfiehlt er, den Antrag auf Drucksache 17/12481 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abzulehnen.

Den Antrag auf Drucksache 17/11696 empfiehlt er mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abzulehnen.

Berlin, den 5. Juni 2013

**Karl Holmeier**  
Berichterstatter

